



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion



Ausgabe April 2017

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

Rot-Grün ist am Ende! Bereits 10 Monate vor der nächsten Landtagswahl und nach nur einer kurzen gemeinsamen Regierungszeit werden die Ermüdungserscheinungen in der Rot-Grünen Koalition immer deutlicher.

Da will der Bund richtigerweise die niedersächsischen Autobahnprojekte beschleunigen und die Niedersächsische Landesregierung darf im Bundesrat aufgrund des Grünen Koalitionspartners nicht zustimmen. Da will die SPD Kultusministerin den Kommunen die Investitionsmittel für den Krippenausbau kürzen und die Grünen wenden sich von ihr ab. Da will der SPD Ministerpräsident die Beitragsfreiheit in Kindergärten einführen und die Grünen wissen nicht, ob sie ihm folgen wollen. Eine solche Koalition bedeutet Stillstand und der muss in 10 Monaten beendet sein!

Kai Seefried

„Mehr soziale Sicherheit für Niedersachsen – Teilhabe und Chancengerechtigkeit stärken“.

Hannover. Nach dem im Januar präsentierten Papier zur Inneren Sicherheit hat der CDU Landesvorsitzende Dr. Bernd Althusmann heute seine Positionen für ein soziales und faires Niedersachsen präsentiert: „Sicherheit bedeutet für uns nicht nur den Schutz vor Kriminalität, sondern auch die Stärkung eines sozialen Zusammenhalts und den Schutz der Schwachen. Dafür stärken wir die flächendeckende, medizinische Versorgung und wollen ausreichenden, bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Zusammenleben der Generationen sowie von anerkannten Flüchtlingen oder die Inklusion von Menschen mit Behinderungen nehmen wir dabei in den Blick.

So soll etwa der bestehende Investitionsstau in den Kliniken mit einem Krankenhausfinanzierungsfonds abgebaut werden. 200 Millionen Euro jährlich sieht die CDU dafür vor. „Statt wie die Landesregierung finanzschwächere Krankenhausträger durch eine unterfinanzierte Kreditlösung zu überfordern, stellt die CDU in ihrem Konzept die tatsächlich benötigten Mittel bereit“, betont Althusmann.

Zur Belebung des vor allem in den Städten angespannten Wohnungsmarktes setzt die CDU neben einem Ausbau der sozialen Wohnraumförderung auch auf eine Stärkung des privaten Wohnungsbaus. „Gerade Familien mit mehreren Kindern sehen sich heute immer seltener im Stande, bezahlbaren Wohnraum in attraktiven Quartieren zu finden. Wir wollen Baustandards auf den Prüfstand stellen und eine Senkung der Grunderwerbssteuer voranbringen“, so Althusmann. Die CDU in Niedersachsen wird zudem Familien mit einem Baukindergeld in Höhe von 5.000 Euro pro Kind unterstützen.

Althusmann: „Es geht darum, Niedersachsen zu einer starken Chancengesellschaft zu entwickeln, die denen hilft, die sich nicht selbst helfen können. Eine solche Gesellschaft muss sich deutlich mehr am Prinzip der Befähigung und Teilhabe orientieren. Bildung und Beratung werden dabei zentrale Rollen spielen.“ Dies betrifft zum Beispiel die Diskussion um die Altersarmut: „Reden ist das eine. Wir wollen die Lebensleistungsrente, um diejenigen besser zu stellen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, aber bislang trotzdem nur eine Rente auf dem Niveau der Grundsicherung erhalten.“



Seefried und Dammann-Tamke: A20 jetzt endlich konsequent planen

Hannover/Stade. Die Beratungen zur beschleunigten Planung von Autobahnen im Deutschen Bundesrat hat jetzt auch einen Wiederhall im Niedersächsischen Landtag gefunden. Im Rahmen der Änderung des Bundesfernstraßengesetz sollen die Planungen für einzelne Verkehrsprojekte beschleunigt werden. Hierzu zählt auch die für unsere Region bedeutsame A20. Die Niedersächsische Landesregierung konnte sich aber aufgrund einer ablehnenden Haltung des grünen Koalitionspartners nicht zu einer Zustimmung durchringen. Offenbar kam es deswegen bereits zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter dem grünen Umweltminister Stefan Wenzel. Die *Nordwest Zeitung* schrieb dazu am 17.03.2017: „Deutlich hat Weil seinen Unmut gegenüber dem Vize formuliert. ‚Auf Zimmerlautstärke‘ sagen Eingeweihte. Wer die großen Räumlichkeiten der Landesregierung kennt, weiß, dass für Zimmerlautstärke eine Menge Dezibel nötig sind. ...“. „Es ist unfassbar und nicht nachvollziehbar, dass die Niedersächsische Landesregierung nicht in der Lage ist, einer beschleunigten Planung der A20 im Bundesrat zuzustimmen. Da wird von der Bundesregierung ein Gesetz perfekt zugeschnitten für unser Land gemacht und Niedersachsen stimmt nicht zu“, kritisiert der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried. Die CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen hat vor diesem Hintergrund einen Missbilligungsantrag gegen Umweltminister Stefan Wenzel in den Landtag eingebracht, der heute diskutiert wurde. „Das von der Bundesregierung vorgeschlagene Verfahren hat sich bereits nach der Wiedervereinigung für Projekte zum Wiederaufbau in Ostdeutschland bewährt. Wir haben darauf gewartet, dass es auch für die A20 angewendet wird. Jetzt ist endlich der Norden dran“, so Helmut Dammann-Tamke. Hierzu scheint es, wie auch die heutige Beratung im Landtag zeigte, unterschiedliche Meinungen in den Regierungsfractionen von SPD und Grünen zu geben. Der Ministerpräsident argumentierte in der Beratung, dass dies ein vollkommen normaler Vorgang in einer Koalition sein und man sich dann eben auch mal enthalten müsse. Die CDU-Landtagsabgeordneten Seefried und Dammann-Tamke sind verärgert. „Die Landesregierung verspielt die Interessen unserer Region und unseres Landes. Wir müssen endlich aus dem Schneckentempo bei der Planung herauskommen. Der Bund hat alle Hausaufgaben gemacht, jetzt ist Niedersachsen dran“, so die Abgeordneten. Die Beratung des Antrages wird jetzt im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr des Landtages fortgesetzt.

Seefried: „Unsere Schüler brauchen keine Kuschelpädagogik – Sitzenbleiben an Oberschulen darf nicht abgeschafft werden“

Hannover. Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, kritisiert die von Kultusministerin Heiligenstadt vorgelegten Reformvorschläge für die Oberschule. Danach soll es in dieser Schulform künftig möglich sein, dass Schüler auch bei sehr schlechten Leistungen bis zum Ende des 7. Schuljahrgangs einfach aufrücken, ohne die Klasse wiederholen zu müssen. „Das Sitzenbleiben ist sinnvoll, denn es schützt schwache Schüler vor Überforderung. Mit ihrer ideologisch eingefärbten Reform will die Kultusministerin den Leistungsgedanken weiter aus unseren Schulen verbannen. Sie will aus den Oberschulen Gesamtschulen machen“, sagt Seefried.

Der CDU-Schulexperte weiter: „Wenn es nach Rot-Grün geht, sollen weder die Eltern noch die Schüler selbst erfahren, wo diese stehen. Keine Noten mehr in der Grundschule, keine Schullaufbahnpflicht im 4. Schuljahrgang, kein Sitzenbleiben bis zum Ende von Klasse 7 – wo soll diese Gleichmacherei noch hinführen?“, fragt Seefried. „Unsere Schüler brauchen keine Kuschelpädagogik, sondern endlich wieder genügend Lehrkräfte, um guten Unterricht zu erteilen. Anstatt untaugliche Vorschläge vorzulegen, die alle Beteiligten an den Oberschulen verunsichern und verärgern, wäre die Ministerin gut beraten, unsere Vorschläge zu sinnvollen Veränderungen an dieser erfolgreichen Schulform aufzugreifen“, sagt Seefried.





Hilbers: Niedrige Investitionsquote und keine Schuldentilgung – Landesregierung trifft keine Vorsorge für die Zukunft

Hannover. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Reinhold Hilbers wirft der rot-grünen Landesregierung vor, bei der Mittelfristigen Finanzplanung (MIPLA) keinerlei Vorsorge für die Zukunft zu treffen. „Die Landesregierung sieht keine Tilgung der Landesschulden in den nächsten fünf Jahren vor, obwohl das durch die derzeit hohen Steuereinnahmen problemlos möglich wäre“, kritisiert Hilbers. „Stattdessen werden weiter Schulden aus den Rücklagen des Landeshaushalts gemacht – faktisch wird die schwarze Null also erst in 2020 erreicht.“



In der MIPLA sei außerdem vorgesehen, die schon jetzt historisch niedrige Investitionsquote von 4,6 Prozent bis 2021 kontinuierlich auf 4,1 Prozent abzusenken. „Es wird nicht in die Zukunft des Landes investiert – vor allem die Digitalisierung, der Straßen- und Infrastrukturausbau sowie die Innovationsförderung werden unter der niedrigen Investitionsquote leiden. Das wird sich rächen: Niedersächsische Unternehmen können dann im Wettbewerb nicht mehr mithalten.“ Dass Rot-Grün nicht vorausplane, zeige sich vor allem daran, dass in der MIPLA noch kein Geld für den beitragsfreien Kindergarten enthalten sei. „Ministerpräsident Weil hatte ursprünglich die Abschaffung der Elternbeiträge im Kindergarten für die kommende Legislaturperiode versprochen – bisher wurde aber noch kein einziger Cent aus dem Landeshaushalt dafür eingeplant“, so Hilbers.

Nacke: Landesregierung maßgeblich für Fehler in der niedersächsischen Terrorbekämpfung verantwortlich

Hannover. Die rot-grüne Landesregierung ist maßgeblich für die Fehler in der niedersächsischen Terrorismusbekämpfung verantwortlich. Das hat die Befragung des Staatssekretärs im Innenministerium während der Sitzung des Islamismus-Untersuchungsausschusses nach Einschätzung von CDU-Obmann Jens Nacke einmal mehr belegt. „Den Sicherheitsbehörden lagen ab Mitte 2013 Erkenntnisse vor, dass es wachsende Probleme mit salafistischen Umtrieben in Niedersachsen gibt“, sagt Nacke. „Trotzdem hat Rot-Grün Ende 2013 das Handlungskonzept der Vorgängerregierung zur Bekämpfung islamistischer Bestrebungen ersatzlos gestrichen.“ Die Fehler und Verunsicherungen der niedersächsischen Sicherheitsbehörden – beispielsweise im Zusammenhang mit der Wolfsburger Ausreisewelle 2014 – seien auf die mangelnden Vorgaben seitens der Landesregierung zum Umgang mit islamistischen Gefährdern zurückzuführen.

Auch die im September 2015 von Innenminister Pistorius in Auftrag gegebene umfassende Analyse der Sicherheitslücken in der niedersächsischen Terrorismusabwehr sei im Wesentlichen ohne Konsequenzen geblieben. Die Behauptung des Staatssekretärs, dem Innenminister sei die Auswertung der Analyse nicht vorgelegt worden, bewertet der CDU-Obmann als unglaubwürdig. Nacke: „Spätestens ab Ende 2015 wusste die Hausspitze des Innenministeriums über die gravierenden Mängel in der Terrorismusbekämpfung Bescheid. Trotzdem kam es zu den Anschlägen von Safia und ihrem Bruder Saleh. Erst mit der Einsetzung des PUA hat bei der Landesregierung ein politisches Umdenken eingesetzt – viel zu spät.“

Vockert: Kultusministerin Heiligenstadt schmückt sich mit fremden Federn – Land muss eigenes Förderprogramm auflegen



Hannover. Die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert wirft Kultusministerin Heiligenstadt vor, sich bei der Förderung des Krippenausbaus in Niedersachsen mit fremden Federn zu schmücken: „Unser Dank gilt der Bundesregierung, dass sie dem Land 105,6 Millionen Euro zur Verfügung stellt, um damit neue Plätze in Krippen und in der Kindertagespflege zu schaffen“, sagt Vockert. „Dass die Kultusministerin nun den Eindruck erweckt, sie selbst habe in nennenswertem Umfang Mittel bereitgestellt, ist dreist.“ Das Gegenteil sei der Fall: Im Dezember 2016 habe die rot-grüne Koalition ein von der CDU vorgeschlagenes Landesprogramm zum Ausbau von Krippenplätzen



für unter Dreijährige noch im Landtag abgelehnt. „Das Land müsste 50 Millionen Euro investieren, um zunächst den Antragsstau abzuarbeiten. Leider hat die Kultusministerin das immer noch nicht eingesehen“, so Vockert. Stattdessen wolle Heiligenstadt nun die Fördermittel für neu eingerichtete Plätze auf Kosten der Kommunen kürzen. „Der Krippenausbau ist massiv in Gefahr“, befürchtet die CDU-Landtagsabgeordnete. „Dass selbst der Koalitionspartner die geplante Kürzung nur zur Kenntnis nimmt, spricht für sich. Es ist zu wünschen, dass die Grünen hier nicht mitgehen werden“, sagt Vockert mit Blick auf entsprechende Äußerungen der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Anja Piel. Die CDU-Landtagsfraktion werde einen Antrag, in dem sie ein eigenes Landes-Ausbauprogramm ebenso fordert wie die Beibehaltung der aktuellen Fördersätze für Kommunen, in das kommende April-Plenum einbringen.

„Von Qualitätsverbesserungen in der frühkindlichen Bildung spricht diese Landesregierung leider gar nicht mehr, auch wenn der Bund diese ebenfalls unterstütze. Rot-Grün schiebt das Thema „Qualität“ auf die lange Bank“, sagt Vockert.

Kritik übt Vockert auch an der ausschließlichen Förderung von Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren: „Der Bund würde auch Zuschüsse für die Betreuung Drei- bis Sechsjähriger zur Verfügung stellen – die Landesregierung wehrt sich jedoch dagegen.“ Auch diesen Missstand wolle die CDU-Landtagsfraktion beheben und fordert in ihrem Antrag, gemeinsam mit den Kommunen dazu ein Konzept zu entwickeln.

Mach doch einfach – IdeenExpo vom 10. bis 18. Juni in Hannover

Stade. Für einen Besuch der IdeenExpo werben die beiden Landtagsabgeordneten Kai Seefried und Helmut Dammann-Tamke. Vom 10. bis 18. Juni 2017 findet auf dem Messegelände in Hannover die sechste IdeenExpo, Deutschlands größtes Jugend-Event zur Berufsorientierung, statt. Mit einer großen Bandbreite an Ausstellern, Exponaten und Shows bietet die IdeenExpo einen einzigartigen Mix: Die Schülerinnen, Schüler und Studierenden werden auf der IdeenExpo mit Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen und zahlreichen weiteren Institutionen zusammengebracht. Mehr als 200 Aussteller, hunderte spannende Mitmach-Exponate, rund 600 Workshops, das HochschulCamp, die KinderUni und ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm wecken die Lust auf Naturwissenschaften und Technik. Die Moderation der Shows übernimmt unter anderem der bekannte Wissenschaftler Ranga Yogeshwar.



„Die IdeenExpo hat sich seit ihrem Beginn 2007 zu einer festen Institution etabliert. Sie ist eine wunderbare Möglichkeit für junge Leute, Naturwissenschaften und Technik mit einem hohen Spaßfaktor zu erleben und von einer Seite kennenzulernen, die in der Schule so nicht möglich ist. Das ist sicherlich für einige auch hilfreich bei der Berufswahl“, so Seefried und Dammann-Tamke.

Einen Vorgeschmack auf die Messe im Juni gibt es mit der Roadshow, die in dieser Region am 2. Mai im Vincent-Lübeck-Gymnasium in Stade Halt macht. Der Eintritt zu allen Veranstaltungen – auch zu allen Konzerten - der IdeenExpo ist frei! Die IdeenExpo richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse, insbesondere an Jugendliche in der Berufsfindungsphase. Angemeldete Schulklassen erhalten pro Person 4 Euro Fahrtkostenzuschuss sowie kostenlose Führungen. Eine Online-Anmeldung ist ab sofort möglich unter www.ideenexpo.de.

Einen Vorgeschmack auf die Messe im Juni gibt es mit der Roadshow, die in dieser Region am 2. Mai im Vincent-Lübeck-Gymnasium in Stade Halt macht. Der Eintritt zu allen Veranstaltungen – auch zu allen Konzerten - der IdeenExpo ist frei! Die IdeenExpo richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse, insbesondere an Jugendliche in der Berufsfindungsphase. Angemeldete Schulklassen erhalten pro Person 4 Euro Fahrtkostenzuschuss sowie kostenlose Führungen. Eine Online-Anmeldung ist ab sofort möglich unter www.ideenexpo.de.

Auf dem Bild von links nach rechts: Helmut Dammann-Tamke MdL, Heiner Schönecke MdL, Wolfgang Möller Werksleiter Dow Bomlitz/Bitterfeld, Gudrun Pieper MdL, Kai Seefried MdL



Seefried: Kultusministerin verkennt dramatische Situation an Schulen: Viel zu wenig Lehrerstellen ausgeschrieben – Fortbildungen abgesagt?



Hannover. Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, hat Kultusministerin Heiligenstadt in der heutigen Landtagsdebatte für ihren Umgang mit dem Lehrermangel an Niedersachsens Schulen scharf kritisiert. „Die aktuellen Stellenausschreibungen für Lehrer zum Schuljahresbeginn 2017/18 verdeutlichen, dass die Ministerin die Dramatik der Situation an den Schulen im Land noch immer nicht erkannt hat. Die Zahl der ausgeschriebenen Stellen kann den Bedarf an den allgemein bildenden Schulen nicht ansatzweise decken“, so Seefried. Im laufenden Schuljahr sei die Unterrichtsversorgung mit 98,9 Prozent im vierten Jahr in Folge gesunken. Rechnerisch könnten rund 600.000 Unterrichtsstunden nicht erteilt werden. „Dass die Kultusministerin an dieser Situation nichts zu ändern gedenkt, lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Offenbar geht sie nicht davon aus, über den Januar 2018 hinaus für das Amt zuständig zu sein“, sagte Seefried im Anschluss an die Landtagsdebatte zu einem CDU-Antrag zur Unterrichtsversorgung.

Misstrauisch müsse auch die Tatsache machen, so der CDU-Schulpolitiker weiter, dass die Ministerin im Plenum eine Stellungnahme zu Hinweisen abgelehnt habe, die Lehrerfortbildungen am Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ) ab Sommer dieses Jahres würden abgesagt. „Über einen Zusammenhang mit der dramatisch schlechten Lehrerversorgung an unseren Schulen können wir im Moment nur spekulieren. Die Ministerin täte gut daran, in dieser Angelegenheit umgehend Stellung zu beziehen“, betonte Seefried.

Dammann-Tamke: Verbandsklagerecht führt nicht zu mehr Tierschutz – Rot-grüner Gesetzentwurf schwächt konventionelle Nutztierhaltung in Niedersachsen

Hannover. Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Dammann-Tamke, lehnt das rot-grüne Gesetzesvorhaben zum geplanten Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände ab: „Das geplante Gesetz ist nur ein weiteres Instrument, um die konventionelle Nutztierhaltung in Niedersachsen zu schwächen.“ Die Genehmigung von Stallbauten erfolge bisher in einem transparenten, rechtstaatlichen Verfahren. Die Einhaltung der Tierschutzvorgaben werde dabei von der zuständigen Fachebene in den Landkreisen überwacht. „Dass die rot-grüne Landesregierung jetzt ausgewählte Tierschutzverbände als eine Art zusätzliche Aufsichtsbehörde installieren will, beweist erneut, wie groß das Misstrauen gegenüber Tierhaltern und Landkreisen ist. Der Gesetzentwurf ist ein klarer Angriff auf die bäuerliche Landwirtschaft.“ Auf Grundlage des neuen Gesetzes könnten Investitionen von Landwirten in neue Stallbauten durch Klagen von Tierschutzverbänden mehrere Monate bis Jahre blockiert werden, wie es derzeit in Nordrhein-Westfalen der Fall sei. „Unter Rot-Grün sehen Niedersachsens Landwirte einer ungewissen Zukunft entgegen“, kritisiert Dammann-Tamke.



Auch die vielfältige Kritik vom Landvolk, der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens oder auch dem Verband Forschender Arzneimittelhersteller sei von Rot-Grün nicht ernst genommen worden. „In dem Gesetzentwurf liegt keinerlei Nutzen“, so Dammann-Tamke. „Es ist offensichtlich, dass es Rot-Grün nicht um eine grundsätzliche Verbesserung des Tierschutzes geht, sondern vor allem darum, größere Stall-Bauvorhaben zu verzögern oder zu verhindern. Eine Tierschutzverbandsklage hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Einhaltung von Tierschutzvorgaben. Die Auseinandersetzung um die Art und Weise einer zukunftsfähigen Tierhaltung oder Forschung gehört in die Parlamente und nicht vor Gericht.“



Seefried und Dammann-Tamke: „Geplante Reform der Sparkassenaufsicht ist ein Angriff auf bewährte Strukturen“



Landkreis Stade. Die Europäische Zentralbank will die Qualifikationsanforderungen auch für Sparkassen-Aufseher deutlich verschärfen und künftig nur noch ausgewiesene Finanzexperten in den Verwaltungsräten zulassen. Für den CDU-Landtagsabgeordneten Kai Seefried geht diese Forderung deutlich über das Ziel hinaus: „Es ist grundsätzlich richtig, Fachleuten die Aufsicht über Bankgeschäfte zu überlassen. Hier wird jedoch der Versuch unternommen, die regional aufgestellten Sparkassen mit systemrelevanten Großbanken gleichzusetzen, die weltweit agieren. Das ist auch ein Angriff auf die bewährte Aufsichtsstruktur unserer Sparkassen im Landkreis Stade.“

Schon jetzt gebe es klare Anforderungen für die Verwaltungsratsmitglieder, die im Niedersächsischen Sparkassengesetz geregelt sind. „Ohne Erfahrung und Sachkunde in der Wirtschaft wird niemand in den Verwaltungsrat berufen“, so Helmut Dammann-Tamke. Darüber hinaus stehe die CDU zur lokalen Mitbestimmung bei den Sparkassen: „Seit Jahrzehnten leisten unsere Kommunalpolitiker und die von ihnen entsandten Verwaltungsratsmitglieder hervorragende Arbeit bei der Sparkassenaufsicht. Nicht umsonst steht sie so gut da. Wir wollen, dass auch in Zukunft diejenigen ein Auge auf unsere Sparkasse haben, die von den Bürgern im Landkreis gewählt worden sind“, fordert Seefried. „Es gibt keinen Grund, den teils seit Jahren engagierten Verwaltungsratsmitgliedern die Qualifikation für die Aufsicht abzusprechen. Die fundierte fachliche Qualifikation soll und muss durch die hauptamtlichen Vorstände abgedeckt werden. Der Vorteil der bisherigen Vorgaben für die ehrenamtliche Aufsicht einer regionalen Sparkasse oder Volksbank liegt gerade darin, dass die ehrenamtlichen Verwaltungsratsmitglieder in der Regel in der heimischen Wirtschaft gut vernetzt sind und neben Lebens- und Wirtschaftserfahrung, insbesondere auf allgemeine Informationen aus diesem Netzwerk zurückgreifen können“, so Dammann-Tamke.

Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, haben sich Seefried und Dammann-Tamke mit einem Schreiben an den CDU-Europaabgeordneten Burkhard Balz gewandt, der im zuständigen Wirtschafts- und Währungsausschuss der EU sitzt. „Wir sind guter Dinge, dass wir gemeinsam diese überflüssige Verschärfung der Qualifikationsanforderungen verhindern können“, so die beiden Abgeordneten.

Ross-Luttmann: Kinderehen sind Kindesmissbrauch – CDU fordert klares Verbot

Hannover. Die rechtspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Mechthild Ross-Luttmann, hat sich für ein Verbot von Kinderehen ausgesprochen. Justizministerin Niewisch-Lennartz warf sie vor, die Dimension des Problems zu verkennen. „Kinderehen sind Kindesmissbrauch. Junge Mädchen werden ihrer Kindheit, ihrer sexuellen Selbstbestimmung und ihrer Würde beraubt. Kein Kind geht freiwillig eine Ehe ein – in der Regel werden sie dazu gezwungen, oft mit Gewalt“, sagte Ross-Luttmann. „Indem die Justizministerin über die vermeintlich nachvollziehbaren Gründe der Eltern philosophiert, relativiert sie das Problem – das ist inakzeptabel. Junge Mädchen, die vor Krieg und Gewalt nach Deutschland fliehen, brauchen den Schutz des Jugendamtes, nicht den ihrer häufig um viele Jahre älteren Ehemänner.“



Die Initiative der Bundesregierung für ein grundsätzliches Verbot von Kinderehen, begrüßte Ross-Luttmann ausdrücklich. Der heute im Bundeskabinett vorgestellte Gesetzentwurf sieht vor, dass alle Ehen von einem Gericht aufgehoben werden sollen, bei denen einer der Gatten zum Zeitpunkt der Eheschließung unter 18 Jahren alt war. „Kinder gehören nicht vor den Traualtar. Wir brauchen ein klares Verbot, im Ausland geschlossene Ehen Minderjähriger in Deutschland fortzuführen. Alles andere ist falsch verstandene Toleranz. Die Akzeptanz der Ehen wegen daraus entstandener Kinder bedeutet, sexuelle Ausbeutung zu akzeptieren“, so Ross-Luttmann.



TERMINE KAI SEEFRIED

11. April 19.30 Uhr
Mitgliederversammlung Förderverein
„MS EMMI“ in Assel

13. April 18 Uhr
Bürgersprechstunde Rathaus
Drochtersen

3. Mai ab 15 Uhr
Besuch des haushaltspolitischen
Sprechers der CDU-Landtagsfraktion
und stellvertretenden Fraktions-
vorsitzenden Reinhold Hilbers MdL in
Stade

4. Mai 18 Uhr
Bürgersprechstunde Rathaus
Himmelforten

11. Mai 10 Uhr
Bereisung des Arbeitskreises Umwelt
der CDU-Landtagsfraktion in Stade

13. Mai 11 Uhr
70 Jahre CDU-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag,
Hannover

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

10. April 17 Uhr
Landesfachausschuss Agrar,
Hannover

18. April 19.30 Uhr
Plattdeutscher Abend des
Heimatvereins Bargstedt, Bargstedt

21. April 19.30 Uhr
Jahreshauptversammlung THW
Buxtehude, Buxtehude

25. April 19 Uhr
Versammlung Ortshandwerkerschaft
Buxtehude, Buxtehude

29. April 14.30 Uhr
Kreisfeuerwehrverbandstag, Jork

13. Mai 11 Uhr
70 Jahre CDU-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag,
Hannover

*Die hier dargestellten Termine sind nur
eine kleine Auswahl der Termine der
beiden Landtagsabgeordneten.*

Bürgersprechstunde im Rathaus Drochtersen CDU-Landtagsabgeordneter Kai Seefried ist vor Ort

Drochtersen. Der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried macht einmal jährlich eine Tour durch die Rathäuser in seinem Wahlkreis, um sich vor Ort mit Bürgermeistern und Entscheidungsträgern über aktuelle Themen auszutauschen und auch öffentliche Bürgersprechstunden anzubieten. Bis Anfang Juni 2017 wird Kai Seefried in diesem Jahr wieder in allen Rathäusern vor Ort sein und freut sich über möglichst viele interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Die nächste Bürgersprechstunde findet am 13. April in der Zeit von 18.00 bis 19.00 Uhr im Rathaus der Gemeinde Drochtersen statt. Eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig.

Bürgersprechstunde
mit Kai Seefried MdL

Am Donnerstag, den 13.04 von 18 bis 19 Uhr
im Rathaus Drochtersen.

CDU
www.kai-seefried.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Kontakt:
E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141/ 7976488 oder 7976489

Anschrift:
Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:
www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de